

## AUSSPRACHE

Zum Thema:

Die englische Wirtschaftskrise

Die Ausführungen von *Eduard März* im Oktoberheft 1966 über die englische Wirtschaftskrise mit ihrem tief pessimistischen Schluß dürfen nicht unwidersprochen bleiben, um so weniger, als, wie die Redaktion mitteilt, Dr. März mit einer eingehenden Studie über die englische Wirtschaftspolitik beschäftigt ist.

Man wird ihn — so recht er in manchen kritischen Bemerkungen hat — auf dreierlei hinweisen müssen:

Im Abschnitt IV seiner Ausführungen erwähnt er selbst — allerdings nur en passant — die wirtschaftspolitischen Instrumente der Labourregierung, die diese sehr wesentlich von der Wirtschaftspolitik ihrer Vorgängerin unterscheidet — aber das hat er offenbar im Schlußabsatz des Abschnitts V wieder vergessen, wenn er dort keine Alternative zur konservativen Wirtschaftspolitik entdecken kann.

Dafür zwei Beispiele, die kennzeichnend sind für das Auswahlprinzip, nach dem die Labourregierung den „Stopp“ anwendet: Das Handelsministerium baut in den Gegenden, die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit aufweisen, Fabriken, um dort zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen; bisher wurden in Wales, Nordengland und Schottland dafür 94 Fabrikgelände vom Fiskus erworben und die Bauaufträge erteilt. — Ferner wurde den Depositenbanken Weisung gegeben, die Vorschriften für Kreditbeschränkungen zu lockern für Unternehmen, die Kapital für die Exportförderung brauchen oder für die Modernisierung ihrer Fabriken zur Steigerung der Produktivität. Dafür stehen Summen im Werte von rund 2 Milliarden Mark zur Verfügung. Diese haben sich bei den Banken angesammelt als Folge jener Vorschriften, durch die — als Mittel zur Drosselung des Kreditwesens — die Liquiditätsreserven der Banken heraufgesetzt worden waren.

Ferner: Dr. März übersieht die Zwangslage der Labourregierung, dadurch gegeben, daß die Maßnahmen zur Behebung der aktuellen Schwierigkeiten in Konflikt geraten mit den in ihrer Auswirkung unvermeidlich langfristigen Maßnahmen zur Änderung der Struktur der

britischen Volkswirtschaft, jene strukturelle Alterskrankheit, die sich in dem Paradox zusammenfassen läßt: Was gut ist für die englische Devisenbilanz, ist schlecht für die Volkswirtschaft!

Schließlich: Wenn die Labourregierung, gerade um aus diesem verhängnisvollen Zyklus der Wirtschaftspolitik der Konservativen herauszukommen, einen vorübergehenden Lohn- und Preisstopp eingeführt hat — dann ist es abwegig (wie Dr. März es tut) zu behaupten, daß damit die Einkommenspolitik ad' absurdum geführt wird; das ist ein Teil der Einkommenspolitik für den auf sechs Monate befristeten Übergangszustand. Es ist richtig, daß dies gegen die traditionellen Vorstellungen der Gewerkschaften geht — um so beachtlicher, daß nicht nur der Vorstand des TUC die Regierung unterstützt, sondern daß auch der Jahreskongreß des TUC die Wirtschaftspolitik akzeptierte und vier Wochen später der Labourparteitag das gleiche tat, trotz der inzwischen erfolgten gesetzlichen Festlegung des „Lohnstopps“.

Die lohnpolitischen Maßnahmen widersprechen nicht einer sozialistischen Wirtschaftspolitik, allerdings manche der Deflationsmethode. Was die von Dr. März geforderte Beschränkung der Kapitalexporte betrifft, so hat er offenbar übersehen, daß diese schon in den mit dem Budget im Frühjahr veröffentlichten Maßnahmen enthalten ist und eine jährliche Devisen-Einsparung bis zu einer Milliarde Mark bringen soll.

Die Deflationsmaßnahmen aber, die, um den Einfuhrbedarf zu drosseln, zur Bremsung der industriellen Produktion führen, sind von der Mehrheit des Parteitages kritisiert worden, der mit 3,5:2,9 Millionen Stimmen einen Antrag annahm, der fordert, statt dessen sollten erhebliche Einsparungen im überseeischen Rüstungsaufwand vorgenommen werden. Das ist in der Tat der entscheidende Faktor; die dafür im Budget vorgesehene Einsparung an Devisenausgaben im Ausmaß von etwa 1 Milliarde Mark bis Ende nächsten Jahres reicht nicht entfernt aus. — Die gesamten Regierungsausgaben im Ausland belaufen sich auf rund 6,5 Milliarden Mark im Jahr; der Passiv-Saldo der Zahlungsbilanz belief sich voriges Jahr auf 4 Milliarden — hier sieht man deutlich, daß die englische Volkswirtschaft in keiner Krisensituation wäre, wenn nicht diese enor-

men Überseeverpflichtungen beibehalten würden. Auch ließe sich die nötige Reduzierung der Einfuhren erreichen, ohne deshalb die Wachstumsrate der industriellen Erzeugung zu drosseln, wenn die Einfuhren einer Mengenkongentierung unterzogen werden.

Der entscheidende Einwand gegen die Deflationsmaßnahmen aber gilt der irrigen Vorstellung, daß sie und die Einkommenspolitik sich ergänzende Maßnahmen seien. Das Gegenteil ist der Fall: die Bremsung der Produktion ist in ihrer Wirkung der Einkommens- und

Preispolitik geradezu entgegengesetzt! Die Nichtausnutzung der Produktivkräfte eines weit unter seiner Kapazität laufenden Produktionsapparates führt unweigerlich zur Kostensteigerung; das muß sich in einer Preissteigerung auswirken, wenn nicht sehr bald mit der Produktionsstopp-Politik Schluß gemacht wird. Die Lohnstopp-Maßnahmen aber stehen nicht im Widerspruch zur Einkommenspolitik — sie sind eine aus der Situation sich ergebende Übergangsmaßnahme.

*Bernhard Reichenbach (London)*